

Anfrage über die Schlachtfeier Sempach

eröffnet am 14. September 2009

Die Schlacht bei Sempach fand am 8. Juli 1386 statt. Den Eidgenossen gelang es damals, sich erfolgreich gegen die Unterwerfungsversuche der Habsburger zur Wehr zu setzen. Die Schlacht ist gleichzeitig auch die Geburtsstunde der Legende des Arnold von Winkelried, der sich heldenhaft in die Speere der Feinde geworfen und damit die Grundlage für den Sieg der Eidgenossen geschaffen haben soll. Traditionell findet jeweils am letzten Juniwochenende die Schlachtfeier Sempach statt. Die 623. Gedenkfeier zur Schlacht bei Sempach fand am 27. Juni 2009 statt. Gestützt auf ein Konzept aus dem Jahre 1986 soll an dieser Feier in würdigem Rahmen den Gefallenen der Schlacht gedacht und an die Bedeutung dieses Ereignisses für die Entwicklung des Kantons Luzern und der Eidgenossenschaft erinnert werden. In den vergangenen Jahren musste leider eine zunehmende Verpolitisierung dieser Feier zur Kenntnis genommen werden. Am Samstag, 27. Juni 2009, marschierten gemäss Pressemeldungen rund 200 Rechtsextreme in Sempach auf. Gegen 100 junge Linke haben gegen deren Anwesenheit demonstriert. Ein massives Polizeiaufgebot hat das Städtchen Sempach abgeriegelt und damit polizeitaktisch richtig ein Aufeinandertreffen dieser Gruppierungen verhindert.

Ein solches Sicherheitskonzept, das erhebliche Polizeiaufgebot und die mit der Verpolitisierung der Gedenkfeier verbundene Medienpräsenz entsprechen nicht mehr dem Grundgedanken der Gedenkfeier. Der FDP ist es ein zentrales Anliegen, dass der würdige, öffentliche und ungestörte Charakter der Gedenkfeier erhalten bleibt. Unter Berücksichtigung der bisherigen Berichterstattung und im Hinblick auf die Planung der 624. Gedenkfeier im Jahr 2010 drängt sich eine dringliche Behandlung der Anfrage auf.

Deshalb bitten wir den Regierungsrat, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat, die Gedenkfeier der Schlacht bei Sempach zu erhalten?
2. Welche Massnahmen trifft der Regierungsrat, um in Zukunft die Verpolitisierung und den Missbrauch der Gedenkfeier für politische Extrempositionen zu verhindern?
3. Wie hoch sind die Gesamtkosten für die Schlachtfeier, und wie sieht ein möglicher Kostenteiler aus?
4. Wer kommt für die Kosten des Polizeiaufgebotes vom 27. Juni 2009 auf?
5. Welche Straftaten sind von der Polizei festgestellt und verzeigt worden?

6. Die Teilnehmer der bewilligten Demonstration waren teils vermummt. Was denkt der Regierungsrat zur künftigen Durchsetzung des Vermummungsverbot es zu unternehmen? Was wurde dagegen am 27. Juni 2009 unternommen?

Albert Vitali namens der FDP-Fraktion